

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/226

24. November 1972

Der Vormarsch der Frauen in der Politik

Warum eine Sozialdemokratin Bundestagspräsidentin wird

Von Käthe Strobel
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 91 Zeilen

NATO-Staaten müssen enger zusammenrücken

Abbau der politischen und sozialen Gegensätze

Von Heinz Ruhnau
Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg
und Mitglied des SPD-Vorstandes.

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Maß für Maß: Vor allem auch für die Wirtschaft

Zu den Forderungen des DIHT-Präsidenten Otto Wolff

Seite 5 und 6 / 71 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wenn Sie noch fragen sollten: Das ist die CDU!

Seite 7 und 8 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-16
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 20 37 - 38
Telex: 688 845 / 688 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der Vormarsch der Frauen in der Politik

Warum eine Sozialdemokratin Bundestagspräsident wird

Von Käte Strobel

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Am 19. November 1972 hat die SPD durch ein überragendes Votum der Wähler ihre Fraktion zur stärksten im VII. Deutschen Bundestag ausbauen können. Sie hat damit auch das traditionelle Recht, den Bundestagspräsidenten zu stellen, und Willy Brandt und Herbert Wehner haben vor einigen Tagen vorgeschlagen, dieses hohe Amt durch eine Frau zu besetzen.

Niemand hatte die Welle der öffentlichen Diskussionen, die diesem Vorschlag folgten, erwartet. Bei dieser Diskussion in den Medien und in der Öffentlichkeit wurden alte Ressentiments erneut ins Gespräch gebracht: Frauen in der Politik im allgemeinen und Frauen in politischen Spitzenpositionen im besonderen. Die vielen Wenn und Aber galten aber nicht den fachlichen Qualifikationen oder den politischen Verdiensten der verschiedenen Aspiranten für dieses Amt, sondern sie waren grundsätzlicher Natur. Konservative Denkkategorien hatten sich mit der Vorstellung, eines der drei höchsten politischen Ämter in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Frau zu besetzen, noch nie beschäftigt.

Die Bundestagswahl hat klar und deutlich gezeigt - und das ist auch statistisch belegt -, daß die Frauen politisch voll mündig sind. Wer immer noch etwas anderes behauptet, redet an der Wirklichkeit vorbei. Frauen haben sich in bisher nicht gekanntem Ausmaß politisch interessiert und informiert. Sie haben sich ihre eigenen Gedanken gemacht, unabhängig von Elternhaus und Ehemann. Und sie haben schließlich so gewählt, wie sie es für richtig hielten.

Die Zeiten, in denen Frauen als passive Zuschauer das politische Geschehen verfolgten, sind vorüber. Die Frauen in ihrer überwiegenden Mehrheit waren bisher - um im Bilde zu bleiben - auf der politischen Bühne allerdings vorwiegend nur als Mitglieder von Massenszenen vertreten. Tragende Rollen zu übernehmen, ist nur wenigen gelungen. Durch aktives Engagement haben aber Millionen ihren Anspruch auf politische Mitbestimmung angemeldet. Das Ergebnis nach diesem harten Wahlkampf hat gezeigt, daß Frauen weder mit Angstparolen zu erschrecken sind noch finanziellen Versprechungen erliegen. Sie haben der Partei ihre Stimme gegeben, die Politik für Männer und Frauen gemeinsam macht und in der auch die politische Verantwortung gemeinsam getragen wird.

Bei keiner Bundestagswahl zuvor habe ich so viele junge Frauen getroffen, die sich aktiv am Wahlkampf beteiligt haben.

In den Sozialdemokratischen Wählerinitiativen haben sich sogar mehr Frauen als Männer engagiert. Zu diesem politischen Engagement steht in krassem Gegensatz die Zahl von 29 weiblichen Abgeordneten, die im VII. Deutschen Bundestag sitzen werden. Noch nie waren Frauen so aktiv am politischen Geschehen beteiligt - aber auch noch nie wurde diese Aktivität durch parlamentarische Vertretung schlechter honoriert.

Ich möchte an dieser Stelle nicht nach der Ursache dieser Diskrepanz suchen. Sie ist höchst bedauerlich und zweifellos ein Minuspunkt dieser Wahl. Aber ich bin überzeugt, daß viele von den Frauen, die jetzt im politischen Vorfeld der Wählerinitiativen tätig waren, sich den Parteien anschließen und durch sie politischen Einfluß in Positionen anstreben werden. Für die Wahlen zum VIII. Bundestag wird mancher männliche Bewerber seinen Platz einer weiblichen Mitstreiterin räumen müssen.

Wir können uns aber nicht nur mit rosigen Zukunftsaussichten trösten. Es gilt heute, der Achtung vor den Leistungen der Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Ausdruck zu verleihen. Und dazu scheint mir die Verwirklichung der Forderung, eine Frau in eine der drei höchsten Staatspositionen zu wählen, der geeignete Weg zu sein. Neben Bundespräsident Dr. Dr. Gustav W. Heinemann und Bundeskanzler Willy Brandt, die sich beide immer als Vertreter des ganzen Volkes verstanden haben, gehört eine Frau, um diese Gemeinsamkeit von Männern und Frauen in der Politik für jedermann sichtbar zu machen. Außerdem verlangt das bis heute gewachsene Selbstbewußtsein aller Frauen, daß ihrem berechtigten Anspruch auf Führungspositionen Rechnung getragen wird.

Und noch ein Punkt spricht dafür, dieses Amt einer Frau zu übertragen. Es gibt Eigenschaften, die bei Frauen ausgeprägter sind, als bei Männern - und diese sollte man auch in der Politik nützen. Frauen sind bessere Diplomaten, sagt man, und zu den diplomatischen Eigenschaften gehören Verständnis, Verbindlichkeit, Selbstbeherrschung und Lebenswürdigkeit: also Eigenschaften, die für das Amt eines Bundestagspräsidenten notwendig und erforderlich sind. Deshalb müßte, so meine ich, gerade eine Frau in dieser Position ein Gewinn für den Bundestag, für seine Arbeit und sein Ansehen sein.

Ich muß mein Plädoyer: "Auf den Stuhl des Bundestagspräsidenten gehört jetzt eine Frau" schließlich präzisieren: Dieses hohe Amt gebührt jetzt einer Sozialdemokratin. Es ist der Tradition unserer neueren parlamentarischen Geschichte gemäß - und sie zu pflegen sollte uns eine Pflicht sein -, daß jeweils die stärkste Fraktion des hohen Hauses aus ihrer Mitte den Präsidenten stellt. Wir Sozialdemokraten haben für die Schaffung einer bedeutenden parlamentarischen Gewichtigkeit Jahrzehnte gearbeitet und gekämpft. Wir wollen und können die Früchte der Arbeit von mehr als neunhunderttausend Mitgliedern und das Vertrauen von vielen Millionen Wählern nicht verschenken. Ich bin sicher, daß unser Koalitionspartner dafür Verständnis aufbringt.

(-/24.11.1972/bgy/ee)

NATO-Staaten müssen enger zusammenrücken

Abbau der politischen und sozialen Gegensätze

Von Heinz Ruhnau

Innensenator der Freien und Hansestadt
Hamburg und Mitglied des SPD-Vorstandes

Noch vor zwei Jahren hatte es in der Nordatlantischen Versammlung eine kontroverse Debatte über Ziele und Methoden der Entspannungspolitik gegeben. Obwohl die Regierungen der NATO-Staate bereits 1968 Sicherheit und Entspannung zum Ziel erklärten, folgte die Versammlung der NATO-Parlamentarier diesem Konzept zunächst nur zögernd. Heute sind auch hier die Zweifel beseitigt. Die 8. Nordatlantische Versammlung, die in diesen Tagen in Bonn tagte, hat sich klar zu dem Weg der Entspannungspolitik bekannt.

Die Versammlung billigte einstimmig eine EntschlieÙung, in der es unter anderem heißt:

"Die Versammlung begrüÙt die Entwicklung der Entspannung zwischen Ost und West als Ergebnis

- der Unterzeichnung eines ersten Vertrages über die Begrenzung der Installierung von ABM-Systemen und eines Interim-Abkommens, das die Entwicklung und den Ausbau von Interkontinentalraketen einfriert, zusammen mit einem Protokoll über U-Boot-gestützte Raketen, am 26. Mai 1972 in Moskau;

- des Inkrafttretens der Verträge von Moskau und Warschau und des Vier-Mächte-Abkommens von Berlin; und

- der Paraphierung eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Normalisierung ihrer Beziehungen, bei gleichzeitiger Bestätigung der besonderen Verantwortlichkeit der Vier Mächte für ganz Deutschland".

Die NATO-Regierungen werden darüber hinaus aufgefordert, eine "ständige multilaterale Ost-West-Einrichtung für Verhandlungen mit dem Ziel zu schaffen, Spannungen zu reduzieren und die

Zusammenarbeit zwischen den beiden Allianzen (= NATO und Warschauer Pakt) zu verbessern".

Je erfolgreicher aber diese Bemühungen sein werden, umso sichtbarer werden andere Probleme. In den letzten 20 Jahren stand die Verteidigungsaufgabe der Atlantischen Gemeinschaft im Vordergrund der Betrachtung. Sie verdeckte ein ganzes Bündel von politischen und sozialen Gegensätzen innerhalb der Gemeinschaft. Angesichts der Gefahr von außen war dies erträglich und wurde hingenommen.

In der vor uns liegenden Zeit werden wir mehr Gewicht darauflegen müssen, die politischen und sozialen Gegensätze in der Gemeinschaft zu verringern.

- Da stellt sich das Problem Griechenland und Portugal;
- da besteht die große Kluft zwischen dem Lebensstandard der türkischen Bauern und der amerikanischen Industriearbeiter; und
- da ist die hohe Arbeitslosenquote in einigen Mitgliedsstaaten und die Vollbeschäftigung in anderen.

Die Zukunft der Atlantischen Gemeinschaft wird entscheidend davon abhängen, wie sie mit dem sozialen und politischen Explosivstoff fertig wird, den sie in sich birgt, oder - wie Bundeskanzler Willy Brandt bei der Eröffnung der NATO-Versammlung am 21. November in Bonn sagte -: "Heute würde es mehr als zuvor falsch sein, die Probleme, mit denen die NATO und die Europäischen Gemeinschaften konfrontiert sind, isoliert von der Entwicklung der ökonomischen Beziehungen ihrer Mitglieder zu sehen. Die Nordatlantische Gemeinschaft muß deshalb sehr bald Einrichtungen entwickeln, die den Auftrag des Artikels 2 des Nordatlantikvertrages erfüllen".

Zu innerer Festigkeit wird es nur dann kommen, wenn die Gegensätze abgebaut und die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensiver als bisher gefördert werden. (-/24.11.1972/ks/ee)

Maß für Maß: Vor allem auch für die Wirtschaft

Zu den Forderungen des DIHT-Präsidenten Otto Wolff

Die Wahlurnen waren noch nicht einmal wieder verpackt, da konnten sich jene Politiker, die vom Volk beauftragt waren, die Bundesregierung zu bilden und sie zu tragen, bereits hinter den Spiegel stecken, was von ihnen erwartet wird. So fix wie niemand sonst unternahm der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) den Versuch, dem Bundeskanzler vorzuschreiben, was zu tun sei.

Ein Stabilitätspaket, meinte Otto Wolff von Amerongen, müsse geschnürt werden, um "eine tragfähige Grundlage für die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aufgaben in der neuen Legislaturperiode zu schaffen". Gut gebrüllt Löwe, möchte man sagen, auch wenn keineswegs neu ist, solches zu fordern. Einen Tag vorher aber hatte das Deutsche Industrieinstitut Wolffs Rede vom 8. November vor der Industrie- und Handelskammer Köln noch einmal unter dem Titel "Stability begins at home" unter Volk geschreut.

Statt aber nun der Bundesregierung, deren Programm noch nicht konzipiert und deren personelle Besetzung noch nicht festgelegt ist, den Weg vorschreiben zu wollen, sollte der DIHT-Präsident vielleicht einmal darüber nachdenken, ob er seine Empfehlung "Stability begins at home" nicht dahingehend interpretieren sollte, daß jeder bei sich mit der Stabilität beginnt. Otto Wolffs Position wäre ungleich besser, wenn er vor dem Hintergrund seiner Forderung auf die Tatsache verweisen könnte, daß die Unternehmer mit ihrer Preisbildung in den letzten 18 Monaten ein solches Beispiel gesetzt hätten, das nicht nachzuahmen für die anderen gesamtwirtschaftlich verantwortlichen Gruppen einer totalen Blamage gleichkäme.

Warum, so ist beispielsweise zu fragen, haben die Unternehmer nicht schon längst mit der gefährlichen Praxis Schluß gemacht,

sich gegenseitig Arbeitskräfte mit weit über Tarif liegenden Lohnzusagen abzuwerben. Es wäre hochinteressant, einmal auszurechnen, welchen Anteil die übertariflichen Lohnzahlungen an jenen Produktionskosten ausmachen, die eher "über den Daumen gepeilt" als exakt anteilig auf die Preise überwält worden sind. Die Preispolitik der Unternehmen in den letzten 18 Monaten war nicht selten politisch motiviert statt stabilitätsorientiert. Oder ist inzwischen der ebenso faule wie durchsichtige Versuch der Brauereien vergessen, einen gehörigen Schluck aus der Bierpreispulle zu nehmen, obwohl die Erträge auch ohne Preisaufschlag noch immer so sind, daß Dividende von 20 vH. gezahlt werden können ?

Es ist nicht unbedingt ein lobenswertes Unterfangen, daß Außenstehende einer noch nicht konstituierten Bundesregierung wesentliche Inhalte ihrer Regierungserklärung vorschreiben wollen. Der gleiche Zweck könnte erreicht werden, wenn die Unternehmerorganisationen von sich aus und freiwillig, aber dennoch bindend versichern, daß - wie es Otto Wolff von Amerongen postulierte - "sie bei ihrer Preispolitik nicht allein die Nachfrage berücksichtigen, sondern überall dort, wo Produktivitätsfortschritte es erlauben, diese Fortschritte in den Preisen weitergeben".

Dann wären nämlich alle Beteiligten angesprochen, wenn sie in einem solchen Fall über das Maß des stabilitätspolitisch Möglichen mit ihren Forderungen hinausgehen wollten. Und dann müßten sich wiederum alle Beteiligten notfalls selbst zwingen, die deutsche Wirtschaft insgesamt auf einen soliden Kurs zu frängen.

Theodor Ternes
(-/24.11.1972/ks/ee)

+ + -

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Wenn Sie noch fragen sollten: Das ist die CDU !

Auf einstimmigen Beschluß des SPD-Vorstandes vom 20. November 1972 wird Mitte Dezember eine "Dokumentation" vorgelegt werden, die alle Auswüchse des Bundestagswahlkampfes der CDU und der CSU und ihrer Hilfstruppen verzeichnen soll. Der SPD-Pressedienst hat am 21. November zu diesem Beschluß und einigen Aspekten nüchtern und sachlich Stellung genommen. Die CDU hat am 23. November in ihrem parteiamtlichen "Deutschland-Union-Dienst" durch ihren offiziellen Sprecher Willi Weiskirch "geantwortet". Wir legen einer breiteren Öffentlichkeit diesen Artikel im vollen Wortlaut vor, um jedermann die Möglichkeit zu bieten, sich aus erster Hand zu informieren und zu erkennen, weshalb die "Dokumentation" des SPD-Vorstandes aktueller und notwendiger ist denn je.

"Dann: Gute Nacht, Freiheit !

Brandts Wahlsieg war keine achtundvierzig Stunden alt, da wurde unbeträuglichen Journalisten- der Kanzler selbst hatte sie einmal 'Schreibtischtäter' genannt - ganz offen mit dem Maulkorb gedroht. Nach Angaben des SPD-Pressedienstes fand sich der sozialdemokratische Parteivorstand bereit, der Anregung Brandts zu folgen und in den nächsten vierzehn Tagen eine Dokumentation zu erstellen, die 'ein Totalbild der gegen die SPD und gegen ihre Führung gerichteten Wahlkampagne geben' soll. Diese Dokumentation will sich nicht nur - so wörtlich - 'mit dem hemmungslosen Einsatz bestimmter Großverleger' befassen, sie soll auch 'Vorgänge in anderen Massenmedien' auf's Korn nehmen. Dazu rechnet die SPD als 'Sonderproblem', daß - wiederum wörtlich - 'eine Institution eine Sendung ausstrahlt, die ausschließlich der Agitation gegen die SPD und gegen die sozialliberale Koalition gewidmet ist'. Brandt - so heißt es im SPD-Pressedienst schließlich - wolle anhand der von ihm angeregten Dokumentation 'über die in ihr nach-

gewiesenen Vorgänge' eine Diskussion eröffnen, die 'deutlich und entschieden' sein werde.

Es bedarf keines besonderen Sachverständes, um zu begreifen, wer und was da gemeint ist. Der SPD-Vorsitzende, auf dessen Panier die hehren Parolen 'Mehr Demokratie!' und 'Gute Nachbarschaft!' prangen, ist offenbar entschlossen, publizistischen Widerspruch fortan schon im Keime zu ersticken. Springer, Bauer und Löwenthal - wer sonst soll wohl schon die exemplarische Inkulpaten-Liste anführen? - werden zu hemmungs- und verantwortungslosen Agitatoren gestempelt, deren sich wahre Demokraten zu schämen oder - besser noch - zu entledigen haben. Die Drohung gegen den Mainzer Moderator, von dessen Statur es im linken Eintopf der - eigentlich - zur Neutralität gehaltenen öffentlich-rechtlichen Anstalten nur noch spärliche Restbestände gibt, ist besonders kennzeichnend und alarmierend; denn sie erfolgte nur fünf Tage, nachdem dreihundertvierundsiebzig (!) ZDF-Angestellte in einer Anzeige kundgetan hatten, daß sie am 19. November SPD wählen würden. Daß unter diesen SPD-Sympathisanten die Namen der bekannteren Sozialdemokraten aus den Schaltstellen des Mainzer Kanals fehlten, rückt im Nachhinein die SPD-Drohung gegen Löwenthal in ein noch diffuseres Licht; denn hier hat sich, wenngleich wohl ungewollt, manifestiert, daß sich - auch beim angeblich 'tiefschwarzen' ZDF - die Basis der eigentlichen 'Macher' so fest unter der Kontrolle der Linken befindet wie bei den übrigen Anstalten unseres Landes.

Sollte darum die von Brandt angestossene Aktion gegen jene Journalisten, die sich im vergangenen Wahlkampf der roten Einheitsfront versagt haben, nun gängige Methode werden, dann: Gute Nacht, Freiheit! Wenn künftig nur noch die eine Meinung erlaubt ist, die durch den 'Spiegel'-Wolf gedreht, von Marseburger oder Casdorff abgehakt und vom Kanzler selbst am Ende gesegnet wurde, dann werden Proteste keinen Sinn und schon gar keine Wirkung mehr haben. Es ist deshalb höchste Zeit, Alarm zu schlagen; denn die Schotten sind schneller dichtgemacht, als wir alle glauben. Vae victis? Liest man die Antwort an den SPD-Plänen ab, die Unbequemen in der Publizistik in Zukunft hart an der Kandare zu halten, dann lauten sie in der Tat: Vae victis!"

(-/24.11.1972/ks/ex)